

Realitätsfremd oder nicht?

AM PARTEITAG ZU DISKUTIEREN GEBEN WIRD DAS POSITIONSPAPIER ZUR WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE. FERNAB VON REALPOLITIK UND AKTUELL DRÄNGENDEN FRAGEN FINDEN ES DIE EINEN, UND WOLLEN ES ZWECKS ÜBERARBEITUNG ZURÜCKWEISEN. GERADE WENN MAN DIE SORGEN DER MENSCHEN ERNST NEHMEN WOLLE, SEI ES FAHRLÄSSIG, DEN KAPITALISMUS ZU IGNORIEREN, SAGEN DIE ANDEREN. «LINKS» HAT JE EINE VERTRETERIN DER BEIDEN SEITEN GEBETEN, IHRE POSITION ZU ERLÄUTERN.

KONTRA

Näher an die Lebensrealität der Menschen!



Pascal Bruderer Wyss, Ständerätin AG

Vorneweg: Der Zeitpunkt für einen Zukunftsparteitag ist goldrichtig – ebenso wie der Entscheid, dabei auf die Wirtschaftspolitik zu fokussieren. Denn die aktuellen technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, deren Geschwindigkeit und Folgen beschäftigen uns alle; sei es als Arbeitnehmende, Selbstständigerwerbende oder generell als Bürgerinnen und Bürger. Doch genau hier liegen die Defizite des sehr theoretischen Papiers zur Wirtschaftsdemokratie:

Das visionäre Sinnieren über alternative Wirtschaftsweisen – fernab von Realpolitik und Mehrheitsfähigkeit – mag reizvoll sein und der Flughöhe eines Parteiprogramms entsprechen. Jetzt geht es aber um ein Positionspapier, das der Lebensrealität der Menschen gerecht werden und ihre konkreten Sorgen,

Interessen sowie Potenziale ins Zentrum rücken soll. Ihnen nützt eine SP, die sich isoliert und als einsame Ruferin in der Wüste vom ideellen Umbau der Wirtschaft träumt, herzlich wenig. Gefragt sind vielmehr sozialdemokratische Rezepte, die sich am gelebten Alltag orientieren und diesen zu verbessern in der Lage sind. Der Frust, dem ich aktuell in vielen parteiinternen Gesprächen – nicht nur, aber speziell mit unseren Exekutivmitgliedern – begegne, liegt in einem höchst berechtigten Anspruch begründet: Wir sind eine Partei, die im Hier und Jetzt Verantwortung wahrnehmen will, muss und kann. Zeigen wir das, auch in unseren Positionspapieren und Parteitagebeschlüssen!

Tatsache ist: Wir leben in einer Marktwirtschaft. Diese auf soziale, ökologische und menschenrecht-

liche Vorgaben zu verpflichten, ist dringender denn je. Welche politische Kraft, wenn nicht die SP, fordert dies mit der nötigen Kompetenz und Schlagkraft ein? Wer für sichere Arbeitsplätze und solide Sozialversicherungen kämpft, weiss um die Bedeutung einer nachhaltig starken Wirtschaft. Viele Mitglieder wie auch Wählerinnen und Wähler der SP befürworten eine soziale Marktwirtschaft und wollen diese sozialdemokratisch prägen. Wir erwarten ein Wirtschaftspapier, das sich mit dieser Idee vereinbaren lässt.

Besonders enttäuschend ist die fehlende Reflexion zu Themen wie Digitalisierung, Robotik, künstliche Intelligenz. Diese Entwicklung wird den Arbeitsmarkt im Allgemeinen sowie die individuellen Beschäftigungssituationen im Besonderen grundlegend verändern. Was heisst

Das Papier sowie alle Anträge dazu können abgerufen werden unter www.spschweiz.ch/parteitag-thun

das für die Arbeitnehmenden? Wie organisieren sie sich künftig? Ist mit einer weiteren Flexibilisierung, ja gar Individualisierung der Arbeitsverhältnisse zu rechnen? Wie reformieren wir das soziale Netz, damit es tragfähig bleibt? Und: Welche gesellschaftlichen Chancen eröffnen sich – für neue Arbeitszeitmodelle, die Aufwertung bisher unentgeltlicher Arbeit, für Diversity und Inklusion? Ein SP-Papier zur Wirtschaftspolitik der Zukunft muss solche Fragen wenn nicht beantworten, so doch zumindest thematisieren.

Mein von engagierten Mitgliedern mitunterzeichneter Rückweisionsantrag ist eine Chance, das Wirtschaftspapier breiter abzustützen und damit eine wichtige Botschaft zu verbinden: In der SP haben vielfältige Meinungen Platz, unsere Breite ist unsere Stärke.

PRO

Gratwanderung zwischen Vision und Alltagspolitik vollziehen



Barbara Gysi, Nationalrätin SG, Vizepräsidentin SP Schweiz

Die Menschheit verfügt heute über Ressourcen und Reichtum in bisher nicht gekanntem Ausmass, über ein noch nie dagewesenes Wissen, über ein unglaubliches technologisches Potenzial. Noch nie waren die Möglichkeiten, eine demokratische, solidarische und ökologische Wirtschaft zu verwirklichen, grösser. Und doch befindet sich die Welt im Krisenmodus, müssen wir wachsende soziale Ungleichheit, eine weltweite Flüchtlingsmisere, vielfältige Prekarisierungs- und Ausschlussprozesse oder den Klimawandel zur Kenntnis nehmen. Diese Situation hat wesentlich mit der vorherrschenden Wirtschaftslogik und den dahinterstehenden Machtverhältnissen zu tun. Die Redewendung «The Elephant in the room» wird gebraucht, wenn ein offensichtliches Problem nicht angesprochen wird. Unser Elefant heisst Kapitalismus. Dies zu ignorieren ist

fahrlässig – gerade wenn man die Sorgen der Menschen ernst nehmen und tatsächlich zukunftsfähige Lösungen finden will. Ziel der Sozialdemokratie ist seit jeher eine Wirtschaft, in der das Gemeinwohl statt der Profitinteressen des Kapitals im Zentrum steht. Das haben wir mit dem Parteiprogramm «Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie» 2010 bekräftigt und das soll mit dem vorliegenden Papier weiterentwickelt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für eine andere Wirtschaft ist, dass wir in Alternativen denken. Der gesellschaftliche Gestaltungsraum ist grösser, als uns die Anhänger des «freien Marktes» und die TechnokratInnen glauben machen wollen. Auch das Konzept der «sozialen Marktwirtschaft» basiert auf den Ideen und Modellen, die die aktuellen Krisen hervorgebracht haben.

Ziel des Positionspapiers ist, die

anspruchsvolle, aber für die Sozialdemokratie unabdingbare Gratwanderung zwischen Vision und Alltagspolitik zu vollziehen. Der Fokus liegt auf den Handlungsspielräumen in der Schweiz – im vollen Bewusstsein darum, dass wir uns im Rahmen des globalen Kapitalismus bewegen. So werden Möglichkeiten für VertreterInnen kommunaler und kantonaler Exekutiven aufgezeigt, zivilgesellschaftliche respektive unternehmerische Initiativen zu unterstützen. Verantwortungsbewusste KMU sollen gezielt gestärkt werden können. Der Fokus liegt auch darauf, die Logik des Wirtschaftens durch ausgeglichene Machtverhältnisse in Unternehmen zu verändern: Mitbestimmung der Mitarbeitenden als effektivste Form von Corporate Social Responsibility. Aktuelle Studien zeigen: Selbstbestimmung, Sinnhaftigkeit und Gestaltungsmöglichkeit

ten im Job entsprechen heute den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen und nutzen den Unternehmen. Gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung ist die demokratische Mitbestimmung nicht nur der Politik, sondern eben auch der Mitarbeitenden eine zentrale Forderung der Sozialdemokratie.

Weil die Macht in der Gesellschaft und in den Unternehmen so einseitig zugunsten des Kapitals verteilt ist, wird technologischer Fortschritt (heute die Digitalisierung) für viel zu viele Menschen zu einer Gefahr (Kontrollverluste, Prekarisierung, Arbeitsplatzabbau) statt zu einer Chance (Freiheitsgewinne, abgesicherte Flexibilität, Arbeitszeitreduktion). Was uns fehlt, sind die Hebel, um eine gerechte und nachhaltige Zukunft für alle zu gestalten. Dafür, für mehr Demokratie in der Wirtschaft, müssen wir kämpfen.

AHV stärken – das Ziel bleibt

AUCH NACH DEM SCHEITERN DER AHVPLUS-INITIATIVE GILT: DIE AHV MUSS GESTÄRKT WERDEN. DIE SP WIRD WEITERHIN KONSTRUKTIV AN DER BERATUNG DER RENTENREFORM 2020 MITARBEITEN. WERDEN DIE ENTSTEHENDEN RENTENVERLUSTE JEDOCH NICHT KOMPENSIERT, ERGREIFEN WIR DAS REFERENDUM.

Wer sich in der Abstimmung zur AHVplus-Initiative engagiert hat, weiss, wovon ich spreche: In kontradiktorischen Debatten kämpften wir gegen Windmühlen. Auf ein Thema wollte sich unsere Gegnerschaft aber auf gar keinen Fall einlassen: den konkreten Vergleich der ersten Säule mit der zweiten. Ein Kosten/Nutzen-Vergleich aus dem Blickwinkel der Versicherten zeigt nämlich klar auf, wie sehr die AHV den Pensionskassen überlegen ist. Wer die Beiträge den Renten gegenüberstellt, die zu erwarten sind, kann die Augen davor nicht verschliessen. Zu lange wurde aber die AHV schlechtergeredet, als dass es im Abstimmungskampf gelingen konnte, dieses Image zu korrigieren. Es ist nun zu hoffen, dass uns die Aufklärungsarbeit des Abstimmungskampfs in der Debatte um die Rentenreform 2020 zugute kommt. Auch bei dieser geht es letztlich darum, welche Säule gestärkt werden soll.

Reform muss akzeptiert werden

Wir bestreiten nicht, dass Reformbedarf bei der AHV und in der beruflichen Vorsorge vorhanden ist. Nachdem die letzten Revisionen entweder schon im Parlament oder in den Volksabstimmungen scheiterten, muss die Rentenreform 2020 unter allen Umständen so ausgestaltet sein, dass sie gute Chancen hat, von der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Akzeptiert wird sie dann, wenn sie a) verstanden und b) als ausgewogen und fair empfunden wird. Die Interessen der Versicherten müssen darum im Zentrum dieser Vorlage stehen.

Als eines der wichtigsten Ziele hat der Bundesrat den Erhalt des Rentenniveaus formuliert. Zwei einschneidende Massnahmen führen aber zu substanziellen Einbussen: die Erhöhung des Rentenalters der Frauen und die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8% auf 6%.

Die Vorlage muss darum im Gegenzug Massnahmen enthalten, die diese Einbussen kompensieren. Der Bundesrat hat die Vorlage entsprechend ausgestaltet. Und die politisch breit abgestützte Vorlage des Ständerats enthielt als ausgleichendes Element eine Zulage von 70 Franken bei den neuen AHV-Renten und eine Erhöhung des Plafonds von Ehepaarrenten auf 155 Prozent. Berechnungen zeigen auf, dass dies die Verluste praktisch vollständig ausgleichen würde.

Rechte Mehrheit setzt sich durch

Im Nationalrat kippte dann aber die Vorlage. In der Sozial- und Gesundheitskommission zimmerte die Mehrheit eine Vorlage zusammen, die in sich nicht stimmig ist und zu massiven Rentenverlusten geführt hätte. Dann zauberte im Plenum die FDP und in deren Schlepptau die SVP einen absolut verantwortungslosen Vorschlag aus dem Hut, von dem niemand im Ernst behaupten kann, die Kosten und Auswirkungen zu kennen. Das Fazit nach der Beratung im Plenum des Nationalrats ist aus Sicht der Versicherten vernichtend: Sie werden einen hohen Preis dafür bezahlen, dass sich die rechtsbürgerliche Mehrheit rücksichtslos durchgesetzt hat. Sie werden deutlich höhere Beiträge zahlen und möglicherweise bis 67 arbeiten müssen. Diese Vorlage ist weder ausgewogen noch fair. Sie wird an der Urne keine Mehrheit finden.

Die SP wird weiterhin konstruktiv an der Beratung der Rentenreform 2020 mitarbeiten. Wir werden die Vorlage aber ablehnen und mit dem Referendum bekämpfen, wenn die entstehenden Rentenverluste nicht vernünftig und zu einem akzeptablen Preis kompensiert werden. Wer will, dass die Reform gelingt, tut gut daran, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Silvia Schenker, Nationalrätin